# Awareness-Konzept

## Präambel

Das Awarenesskonzept des Die Linke Kreisverbands Wuppertal dient der Förderung eines respektvollen, diskriminierungsfreien und inklusiven Miteinander. Es soll alle Mitglieder des Verbandes zu einem verantwortungsvollen Umgang miteinander anregen und sicherstellen, dass Diskriminierung sowie andere Formen der Ausgrenzung nicht toleriert werden.
Obwohl wir uns als emanzipatorische Partei verstehen, können wir Diskriminierung und Gewalt in unseren Räumen nicht verhindern. Diese Realität müssen wir anerkennen, um sie verändern zu können. Dafür müssen wir sie erkennen und angemessene Maßnahmen treffen, sie zu bekämpfen.
Der Grundsatz unserer inklusiven Praxis ist kollektive Verantwortungsübernahme.
Die Bekämpfung von Diskriminierung in unserer Partei darf nicht an die Awareness-Struktur ausgelagert werden.
Die Gestaltung des Rahmens, in dem wir miteinander arbeiten und uns austauschen, ist eine von allen geteilte Aufgabe. Die Awareness-Arbeit kann keine Maßnahmen erzwingen. Wir müssen uns selbst und unsere Prägung durch die Gesellschaft reflektieren. Gleichzeitig müssen wir unsere Genoss*innen in die Pflicht nehmen, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen. Wir müssen dagegen halten, wenn Absprachen, die Diskriminierung bekämpfen sollen, nicht eingehalten werden. Weil das nicht allen möglich ist und weil manche Mechanismen nicht leicht zu erkennen sind, wurde die Awareness AG als organisierende Struktur eingerichtet, bei der sich alle Mitglieder von Partei und ['solid] einbringen können.
Wir sprechen von Diskriminierung entlang verschiedener Dimensionen und ihrer Intersektion (Verschränkung), unter anderem des Geschlechts – dazu zählen auch Schwangerschaft/ Mutterschaft –, der Geschlechtsidentität, der ethnischen Herkunft oder rassistischer Zuschreibungen, der sexuellen Identität, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung oder chronischen/langwierigen (psychischen) Erkrankung und des Lebensalters, Nationalität und Staatsangehörigkeit, Sprache, sozio-ökonomischen Status, soziale Herkunft, Familienstand, sexuelle Orientierung, Fürsorgeverpflichtungen und äußere Erscheinung (z.B. Aussehen, Gewicht).

## Aufgaben der Awareness-AG und der Vertrauenspersonen

Die Awareness-AG  beobachtet Abläufe, vor allem in Hinblick auf Inklusion und Diskriminierung. Sie steht allen zum Austausch offen. Außerdem unterstützt sie den Kreisverband bei der Reflektion seiner Strukturen und Mechanismen. Wird bei Veranstaltungen der Partei oder der ['solid] ein Awarenessteam benötigt, ist es die Aufgabe der Awareness AG dies zu organisieren. Das Awarenessteam bei Veranstaltungen besteht aus geschulten und ungeschulten Personen, die sich mit dem jeweils gültigen Konzept vertraut machen.
Die Awareness-AG soll jeweils eine Ansprechperson aus der ['solid] und dem Kreisverband, im besten Fall Sprecher*innen und Vorstand haben.

Die Vertrauenspersonen sind Ansprechpartner*innen bei Beschwerden und Diskriminierungserfahrungen im Parteikontext.
Fallen Missverhältnisse auf oder werden gemeldet, evaluieren die Vertrauenspersonen, welche Strukturen verantwortlich sind und wie betreffende Missverhältnisse gelöst werden können.

Dafür sollten die Vertrauenspersonen im Kreisverband präsent sein.
Sie sind erreichbar über eine gemeinsame Mailadresse (awareness.team@die-linke-wuppertal.de). Jede Vertrauensperson ist auch persönlich ansprechbar.
Außerdem gibt es die Möglichkeit, anonym Hinweise an das Awarenessteam zu geben, um niedrigschwelligen Kontakt zu ermöglichen. Dafür gibt es einen Briefkasten im Büro. Dies dient dem Schutz der meldenden Person, da persönliche Beziehungen der Vertrauenspersonen nicht eingeschätzt werden können. Besteht ein Interessenskonflikt, ist die betroffene Vertrauensperson angehalten, sich von dem Fall zurückzuziehen. Nach Möglichkeit wird aber ein direkter Kontakt durch eine andere Vertrauensperson gesucht, um besser kommunizieren zu können.
Auf der Bundesebene gibt es eine Ansprechgruppe. Diese erreicht man unter: vertrauensgruppe@die-linke.de
Auf Landesebene wird eine Ansprechgruppe eingerichtet.

## Benennung der Vertrauenspersonen

Die Vertrauenspersonen sind mindestens vier, maximal acht Mitglieder, aus ['solid] und dem Kreisverband.
Sie alle haben eine zweijährige Amtszeit.
Innerparteiliche Funktionsträger*innen im Kreisverband oder der Solid Wuppertal können keine Vertrauenspersonen werden. Die Vertrauenspersonen werden von der Awareness AG vorgeschlagen und bei einer Mitgliederversammlung durch eine Abstimmung bestätigt. Mit der Bestätigung beginnt die Amtszeit.
Um nach der Bestätigung als Vertrauensperson aktiv zu werden, muss eine Awarenessschulung besucht worden sein. Den Vertrauenspersonen wird empfohlen, sich konstant weiterzubilden, vor allem wenn die letzte Schulung über ein Jahr her ist. Die Hälfte der Vertrauenspersonen wird quotiert mit FLINTA* besetzt. Es sollen auch andere Diversitätskategorien, z.B. die oben genannten, bevorzugt werden.
Es können nachträglich Personen zu Vertrauenspersonen benannt werden. Sie üben ihr Amt bis zur regulären Neuwahl aus.

Jede Person, die Mitglied der Partei die Linke oder der Linksjugend ['solid] ist, hat das Recht, auch ohne Begründung ein Veto gegen einzelne Vertrauenspersonen einzulegen. Das Veto wird möglichst umgehend einer Vertrauensperson, einem Mitglied des Kreisvorstandes der Partei die Linke oder einer Person des Sprecher*innenteams der ['solid] mitgeteilt.
Ab Eingang des Vetos ist die genannte Person bis auf Weiteres von allen Awareness-Tätigkeiten entbunden.
Wenn Gründe genannt werden, kann dies bei der Klärung hilfreich sein. In dem Fall werden diese vertraulich behandelt; eine Offenlegung erfolgt nur mit ausdrücklicher Zustimmung der meldenden Person.
Zeitnah prüfen vorrangig die Vertrauenspersonen gemeinsam mit dem Vorstand und den Sprecher*innen, ob die betroffene Person wieder eingesetzt werden kann oder dauerhaft abberufen wird. Dabei gilt das Vorrangprinzip des Schutzes weiterer potentiell Betroffener vor den Interessen der abberufenen Person.

## Reflexion und Bericht

Die Vertrauenspersonen stellen ihre Beobachtungen in einem jährlichen schriftlichen Bericht vor den Mitgliedern des Kreisverbands und der 'solid dar. Der Bericht wird dem Protokoll des entsprechenden Kreisparteitags beigefügt. Dabei werden

personenbezogene Daten (Daten, die eine identifizierte oder identifizierbare Person betreffen) nicht genannt.
Mindestens einmal im Jahr wird eine Reflexionsveranstaltung zu Diskriminierung im Kreisverband durchgeführt. Diese wird federführend von der Awareness AG organisiert, aber alle Mitglieder des Kreisverbands sind zur Mitgestaltung aufgefordert. Auch bei der Reflexion unserer Bemühungen gegen Diskriminierung liegt die Verantwortung bei allen Kreisverbandsmitgliedern.